

Klockenhagen, den 10. Juli 2021

An die StadtvertreterInnen und die Mitglieder des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt

Informationen der Umweltinitiative Klockenhagen zur Neuverpachtung der landwirtschaftlichen Flächen der Stadt Ribnitz-Damgarten

Sehr enttäuscht haben wir feststellen müssen, dass es bei der Neuverpachtung keine grundsätzliche Neuausrichtung der landwirtschaftlichen Praxis geben wird. Die Stadtverwaltung hat die Gespräche mit den derzeitigen Pächtern geführt und wird diese Zusammenarbeit ohne mögliche Alternativen auch mit neuen Verträgen fortsetzen. Insbesondere bei derzeit ca. knapp 500 ha bleibt es bei der konventionellen Landwirtschaft und damit bei dem vollumfänglichen möglichen Einsatz von Pestiziden. Somit können dort u.a. weiter Totalherbizide, wie z.B. Glyphosat, zum Einsatz gebracht werden. Wir denken, die Stadtverwaltung hat sich damit eine große Gestaltungsmöglichkeit entgehen lassen.

Seit gut zwei Jahren versucht die Umweltinitiative Klockenhagen dies zu verhindern bzw. eine Reduzierung zu erreichen. Dieses Vorhaben mit dem Ziel zu mehr Biodiversität und Insektenschutz, ist mit dem jetzigen "Weiterso" gescheitert. Obwohl diese Ziele durch die Stadt selbst in der Präambel zu den Pachtverträgen auch genannt werden. Wie sie jedoch erreicht werden können bzw. sollen, bleibt dann aber weitestgehend offen.

Wir haben mit vielen Bürgern über die Vorzüge einer ökologischen Wirtschaftsweise, die ohne den Einsatz von Pestiziden auskommt, gesprochen und dafür 1500 Unterschriften gesammelt. Diese wurden dem Bürgermeister und dem Stadtpräsidenten im Beisein aller StadtvertreterInnen übergeben. Wie es aussieht fallen diese Bürgerstimmen nicht ins Gewicht, weil sie offensichtlich nicht ins Konzept passen. Selbst der Vorschlag unserer Initiative, nach einer Übergangsfrist auf den Einsatz von Pestiziden zu verzichten, wurde in keiner Weise in die Planung einbezogen.

Neben den bestehenden Pächtern hatten sich aber auch neue Bewerber bei der Stadt gemeldet. Darunter waren auch Neugründer, die sich zum ökologischen Acker- bzw. Gartenbau bekennen.

Hier geht es um ca. 100 bis 250 ha, je nach spezieller Ausrichtung (Acker- oder Gartenbau). Dies erfuhr die Umweltinitiative jetzt auf Mitteilung der interessierten Landwirte, die bei der Stadtverwaltung rechtzeitig einen entsprechenden Antrag gestellt hatten. Selbst ohne Prüfung des Betriebskonzeptes wurden Absagen erteilt.

Hiermit wird sehr deutlich, dass es der Stadt offensichtlich gar nicht um eine umweltverträglichere, neu ausgerichtete Landwirtschaft geht.

Die politischen Gremien (Stadtvertretung und insbesondere auch die Mitglieder des Landwirtschafts- und Umweltausschusses) müssen sich fragen lassen, ob die Stadtverwaltung über unser aller Land und unsere Gesundheit in dieser Art und Weise einfach so, allein und ohne die gewählten Gremien entscheiden kann.

Wir bitten Sie hiermit sehr eindringlich Ihre Verantwortung in dieser Sache selbst wahrzunehmen und sich für eine umwelt- und naturschutzgerechtere Landwirtschaft, zumindest auf den stadteigenen Flächen, einzusetzen.

Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung

Marianne Zeuge,
Thomas Raskop,
Susanne Wieben

für die Umweltinitiative Klockenhagen